

Bezirksregierung Köln

Regionalrat
<u>Sachgebiet:</u> Anträge
Drucksache Nr.: RR 61/2016
4. Sitzungsperiode

Köln, den 24. Juni 2016

Tischvorlage für die 9. Sitzung des Regionalrates am 01. Juli 2016

- TOP 14 a):** **Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis
90/DIE GRÜNEN und DER LINKEN
„Förderung der Strukturentwicklung in der Innovations-
region Rheinisches Revier“**
- Rechtsgrundlage/n:** §11 der Geschäftsordnung RR
- Anlage:** Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE
GRÜNEN und DER LINKEN vom 20.Juni 2016



DIE GRÜNEN im Regionalrat Köln

Bezirksregierung, Z 10, Raum 28
Zeughausstraße 2-10
50667 Köln
Tel: 0221-9912266
Fax: 0221-9912267
gruene.regionalrat-koeln@gmx.de
www.gruene-regionalrat-koeln.de
Bürozeiten:
Mittwoch und Freitag, 8.00-12.00 Uhr



im Regionalrat Köln
Zeughausstraße 10
3. Stock, Zimmer Z 32
50667 Köln
Telefon 02 21/147 2817
kontakt@die-linke-im-regionalrat-koeln.de

**An den Vorsitzenden
des Regionalrates Köln
Herrn Rainer Deppe
Zeughausstraße 2-10
50667 Köln**

Köln, den 20.06.2016

9. Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirks Köln am 1. Juli 2016

hier: Antrag gem. § 11 der Geschäftsordnung des Regionalrates Köln

Sehr geehrter Herr Deppe,

wir bitten Sie, den folgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Regionalrates am 1. Juli 2016 aufzunehmen.

Förderung der Strukturentwicklung in der Innovationsregion Rheinisches Revier

"Der Regionalrat Köln fordert die RWE AG auf, die Braunkohle-Kraftwerksplanung BoAplus in Niederaußem einzustellen und die in der 1994er Vereinbarung mit der Landesregierung verbindlich zugesagten, aber bis heute nicht in die Erneuerung des Kraftwerkspark investierten Mittel in Höhe von mindestens 3 Mrd. Euro dem Strukturwandel in der Region zu Verfügung zu stellen. Die Bezirksregierung Köln wird gebeten, in diesem Sinne gegenüber RWE und der Landesregierung tätig zu werden."

Begründung:

Im Jahr 1994 verpflichtete sich RWE gegenüber der Landesregierung NRW, als Gegenleistung für den Tagebau Garzweiler II mehr als 20 Mrd. DM (10,23 Mrd. €) in die Erneuerung des Kraftwerksparks zu investieren. Grundlage dafür ist das Kraftwerkserneuerungsprogramm aus dem Jahr 1994.

RWE hat seitdem mit den BOA Blöcken 1, 2 und 3 drei neue Kraftwerksblöcke in Betrieb genommen. Für BOA Block 1 in Niederaußem sind 1,23 Mrd. Euro und für die BOA Blöcke 2 und 3 in Neurath sind zusammen 2,27 Mrd. Euro investiert worden. Darüber hinaus wurden Erneuerungsmaßnahmen in den Kraftwerken (Retrofit) und Investitionen in Erneuerbare Energien vorgenommen.

Die Gesamtsumme der Investitionen von RWE infolge des Kraftwerkserneuerungsprogramms gibt die Staatskanzlei NRW im April 2016 mit 4,15 Mrd. Euro an.

Seit Aufstellung des Kraftwerkserneuerungsprogramms 1994 haben sich die Parameter der Energielandschaft grundlegend verändert. Das von der Bundesregierung unterstützte Pariser Klimaschutzabkommen vom Dezember 2015, der fortgeführte Ausbau der Erneuerbaren Energien und die weltweit laufenden Desinvestitionen aus der Kohle machen eine Fortführung des Kraftwerkserneuerungsprogramms von 1994 nicht mehr notwendig. Die noch laufende Planung für ein weiteres Braunkohlekraftwerk, den Block BOA 4 in Niederaußem, sollte deswegen umgehend beendet werden. Aus dem Unternehmen kommt immer wieder der Hinweis, dass RWE diese Neubauplanung nicht einstellen könne, da man durch die Vereinbarungen mit der Landesregierung von 1994 und durch den Braunkohlenplan Garzweiler II vom 31. März 1995 dazu verpflichtet sei, Neubauplanungen voranzutreiben.

Im Interesse der Menschen im Rheinischen Revier muss das Kraftwerkserneuerungsprogramm von 1994 neu verhandelt und den heutigen Entwicklungen angepasst werden. Das Unternehmen RWE muss aus seiner alten Verpflichtung entlassen werden, neue Braunkohlekraftwerke bauen zu müssen.

Als Gegenleistung sollte RWE verpflichtet werden, die Restsumme der 1994 zugesagten und bisher nicht getätigten Investitionen in den Strukturwandel in der Region und nicht mehr in weitere Braunkohlekraftwerke zu investieren. Das sollte auch die Erschließung RWE-eigener ehemaliger Kraftwerksflächen für Gewerbe und Industrie (Frimmersdorf, Weisweiler) beinhalten.

Durch die Verkleinerung des Tagebaus um den Bereich bei Holzweiler reduziert sich die förderbare Kohlemenge von ursprünglich 1,3 Mrd. Tonnen um 400 Millionen Tonnen auf noch maximal 900 Millionen Tonnen Braunkohle. Dementsprechend reduziert sich auch die Investitionsverpflichtung von 10,2 Mrd. Euro auf 7 Mrd. Euro. Es verbleibt also noch eine zu tätige Investitionssumme von fast 3 Milliarden Euro. Wenn man diese auf die kommenden 20 Jahre umrechnet, müsste RWE jedes Jahr 150 Mio. € in der Region in Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, die Digitalisierung der Energiewende und in Arbeitsplätze zur Unterstützung des Strukturwandel investieren. Das sollte transparent und nachvollziehbar prioritär in den Kommunen geschehen, die in der Randlage der Tagebaue auch zum Teil seit Jahrzehnten die Lasten der Braunkohle zu tragen haben.

Mit freundlichen Grüßen

Rolf Beu, *Fraktionsvorsitzender DIE GRÜNEN im Regionalrat Köln*
Gudrun Zentis, *Fraktionsmitglied DIE GRÜNEN im Regionalrat Köln*

Peter Singer, *Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Regionalrat Köln*

f.d.R.:

Antje Schäfer-Hendricks, *Geschäftsführung DIE GRÜNEN im Regionalrat Köln*

